

Wanzjährig . . .	6 fl. — fr.
Halbjährig . . .	3 „ — „
Vierteljährig . . .	1 „ 50 „
Monatlich . . .	— „ 50 „

Wanzjährig . . .	9 fl. — fr.
Halbjährig . . .	4 „ 50 „
Vierteljährig . . .	2 „ 25 „

Für Aufstellung ins Haus viertel-
jährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung
von J. v. Kleinmayr & S. Dambach).

Für die einspaltige Petitzeile 3 fr.
bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr.
dreimal à 7 fr.
Inserationsstempel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer
Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 10.

Freitag, 14. Jänner. — Morgen: Maurus.

1870.

Konstitutioneller Verein in Laibach.

Der Ausschuss beehrt sich hiemit, die Herren
Vereinsmitglieder zur
einundzwanzigsten Versammlung,
welche heute den 14. Jänner d. J. Abends
7 Uhr im Saale der Schießstätte stattfindet, höf-
lichst einzuladen.

Tagesordnung:

1. Fortsetzung des Vortrages über Konstitution.
2. Resolution wegen Aufhebung des Zeitungs-
und Inseratenstempels.

Ein Kommentar zu den Adressen für die Verfassung.

Die zahlreichen Manifestationen, die aus An-
laß der schwebenden Krise von Gemeindevertretun-
gen, Wählerversammlungen und politischen Verei-
nen zu Gunsten der Dezemberpartei bisher in
Szene gesetzt wurden, weisen fast durchwegs auf die
günstigen Wirkungen der Verfassung hin, indem
sie hervorheben, daß in den letzten zwei Jahren
in den meisten Theilen des Reiches ein bedeu-
tender Aufschwung auf finanziellen und volkwirt-
schaftlichem Gebiete stattgefunden habe.

Wir glauben konstatieren zu können, daß auch
unser Land von diesen segensreichen Wirkungen nicht
so ganz unberührt geblieben ist, mögen auch die
nationalen Apostel bei jeder Gelegenheit das Ge-
gentheil behaupten. Es sind nämlich Anzeichen
vorhanden, welche denn doch zur Hoffnung berech-
tigen, daß unter der Regide der Verfassung und des
wiedergekehrten Vertrauens auch in Krain Betri-
bsamkeit, Gewerbetreiben und Handel sich aus ihrer
Agonie zu erheben, Produktionsmittel und Erwerbs-
kräfte allmählich zu erstarken beginnen.

Was uns zu dieser vielleicht etwas sangui-
nisch scheinenden Auffassung verleitet, sind die uns
eben vorliegenden statistischen Daten über die Er-
gebnisse der indirekten Besteuerung in Krain wäh-
rend der letzten drei Jahre.

	Es betragen die Einnahmen		
	im J. 1867	1868	1869
an Zoll	61.330	69.303	88.385
„ Wauth . . .	58.288	59.459	57.897
„ Tabak . . .	656.404	674.203	726.571
„ Verz.-Steuer	483.309	524.770	538.362
„ Stempel, La- gen u. unmit- telbaren Ge- bühren . . .	432.457	473.401	479.813
Summe . . .	1.691.788	1.801.136	1.891.028

Die Gesamt-Einnahmen an indirekten Ab-
gaben im Jahre 1869 weisen demnach gegen die
Einnahmen des Jahres 1867 eine Steigerung per
199.240 fl. und gegen jene des Jahres 1868 per
89.892 fl. auf.

Obwohl nun an diesen für unser Land im-
merhin belangreichen Mehreinnahmen vielleicht auch
zufällige Faktoren mitgewirkt haben mögen und
wir daraus noch keineswegs mit apodiktischer Ge-
wissheit auf eine stätige Zunahme der eigentlichen
Steuerkraft unseres Landes schließen dürfen, so
möchten wir doch auch andererseits die Bedeutung
dieser Erscheinung nicht unterschätzen und in ihr
nicht einen bloß vorübergehenden finanziellen Er-
folg erkennen, weil wir eben von dem Grundsatz
ausgehen, daß gerade die mehr den Charakter der
Selbstbesteuerung tragenden indirekten Abgaben den
Werthmesser des Nationalwohlstandes darstellen und
die Steuerkraft des Volkes unter allen Regulati-
ven am richtigsten zum Ausdruck bringen.

Wir wollen deshalb die Thatsache der höheren

Steuer-Ertragnisse als das Symptom einer Wen-
dung zum Bessern begrüßen und nur noch den
Wunsch aussprechen, daß der volkwirtschaftliche
Aufschwung in Krain weder durch rückwärtige
fiskalische Ausbeutung, noch durch einen abnormen
Wechsel des politischen Systems im Keime ver-
nichtet werden möge.

Zur Situation.

Theilweise abenteuerliche Gerüchte — schreibt
das „Br. Tagbl.“ — durchziehen die Stadt. Wie
die Dinge zur Stunde stehen, scheinen die Minister
sich nicht mehr als Räte der Krone zu betrachten,
sie haben neuerlich um Enthebung von ihren Posten
nachgesucht und es wird in einigen Kreisen sogar
behauptet, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen
sei, es werde beim Wiederzusammentritte des Ab-
geordnetenhauses ein neues Ministerium vor dem-
selben erscheinen und die Auflösung des Hauses pu-
blizieren. In verfassungstreuen Kreisen trägt man
sich wieder mit der Absicht, wenn bis Montag die
Neubildung des Kabinetts nicht vollzogen sein sollte,
die Adressenliste zu vertagen, um eine raschere Ent-
scheidung herbeizuführen. Die Stellung der Mini-
ster ist überhaupt eine derartige geworden, daß sie
kaum in der Lage sein könnten, die Thronrede vor
dem Hause zu vertreten.

Dafür, daß die Minorität numerisch mög-
lichst stark im Herrenhause zur Adress-
debatte erscheine, ist ungemein lebhaft agitirt wor-
den. Mitglieder des Herrenhauses, die nur in sehr
vereinzeltten Fällen ihren parlamentarischen Pflichten
nachkommen, haben ihr Erscheinen zugesagt, so die
Fürsten Leo Sapieha, Sanguszko, Bürgermeister
Dietl aus Krakau, Fürst Mensdorff-Dietrichstein,
Graf Clam-Gallas u. s. f. Im Lager der Mino-
ritäts-Partei hofft man auf mehr als 40 Stimmen,

Feuilleton.

Der Schmutz.

Original-Roman von Anton Heinrich.

Erster Theil.

5.

Angeklagt.

(Fortsetzung.)

Als Lord Lamborough von Mailand zurückge-
kehrt war, referirte ihm sein Gondolier nicht nur
alles, was er an jenem Abende auf dem Balkon be-
merkt, sondern auch das, was seine lebhafteste italie-
nische Fantasie erfunden hatte. Es gibt Naturen,
die ohne Spionage nicht leben können. Es sind
Hochmüthige, sie leben oft im Bettelgewande;
sie hassen insbesondere alles Schöne, das Gute
können sie viel leichter erdulden, poetische Gestalten
streben sie zu vernichten.

Wenn auch mit Anstrengung, so verständigte
sich der Gondolier dem Engländer doch. Dieser
hatte nicht die mindeste Lust, seine Gemalin zur
Rebe zu stellen, er fürchtete sich vor ihr, seit ihre

Gesundheit zurückgekehrt war. Nicht jene Eifersucht,
die aus dem Schmerz verlorener Liebe sproßt, son-
dern die Kränkung des Stolzes, für geringer als
Eichhart gehalten zu werden, bemächtigte sich des
Lords. Hätte er seine Frau und die Ehre seines
ehelichen Lebens geliebt, so würde er den Baron
gefordert haben; so aber haßte er diesen und verschloß
sein Rachegefühl in der falschen Brust, ja er heu-
chelte dem Lieutenant gegenüber die aufrichtigste
Freundschaft. Aber der Aufenthalt in Venedig durfte
nicht lange mehr dauern; doch sollte die Abreise auch
nicht plötzlich beschlossen werden, der Lord wollte
alles Auffallende vermeiden. Abermals waren einige
Wochen verstrichen, als Lamborough in Folge eini-
ger Briefe aus London Venedig bald verlassen zu
müssen erklärte. Zwei Tage vor der Abreise sou-
pirte Eichhart in der Gesellschaft des Lords. Wrad
war nicht zugegen, er hatte Venedig auf einige Tage
mit Urlaub verlassen.

Morgen Abends, sprach Lamborough, möchte
ich noch einmal das Theater Venice besuchen.

Die Lady stimmte bei.

Leider werden wir alle mit dem packen vollauf
zu thun haben und Herr Lieutenant könnten uns
durch Besorgung einer Loge sehr verbinden.

Eichhart erklärte sich dazu gerne bereit.

Wenn jedoch kein Billet mehr zu haben wäre,
müßten wir über den Abend anders verfügen. Um
welche Stunde wollen Herr Lieutenant so gütig sein,
uns die Nachricht zu bringen? Sie beehren uns
persönlich?

Wie immer, und zwar schon um 11 Uhr.

Des andern Tages schritt Baron Eichhart, an
militärische Pünktlichkeit gewöhnt, genau um 11 Uhr
die Marmorstufen des Hotels hinauf, um dem
Lord die Bilette zu einer Loge im Theater Venice
zu überbringen. Im Vorzimmer fand er niemand.
Er durchschritt einige Appartements, überall standen
die Kästen offen, Kisten, halb gepackt oder leer,
gähnten ihm entgegen. Er betrat den Salon. Auch
hier war niemand zu finden. Er öffnete das Gar-
denzimmer des Lords; es war leer. Eichhart legte
die Bilette auf den Sekretär und entfernte sich,
denn zu so früher Stunde in das Voudoir der Lady
zu dringen, schien ihm unerlaubt. Es bemächtigte
sich seiner eine sonderbare Wangigkeit. Zwar schämte
er sich derselben, doch vergebens war sein Bemühen,
sich ihrer zu erwehren. Als er auf der Gasse stand,
wollte er umkehren, um sich über die sonderbare
Verlassenheit der Lokalitäten, welche der Lord be-

jedenfalls eine hinreichende Zahl, um die Bedeutung des Votums der Majorität abzuschwächen.

Auf besonderen Wunsch des Grafen Taaffe lud vorgestern der Obmann der Adresskommission, Herr v. Schmerling, die Mitglieder des Ausschusses zu einer Sitzung ein. Graf Taaffe begründete seinen Wunsch mit der Veröffentlichung der beiden Memoranden. Fürst Czartoryski beantragte Verlesung der Memoranden; aber man ging nicht darauf ein und beschloß vielmehr, daß die Memoranden den Inhalt des Adressentwurfes nicht zu modifizieren im Stande seien; die Verlesung wurde mit dem Bemerkten abgelehnt, daß die „Wiener Zeitung“ jedermann zugänglich sei. Damit war die Sitzung geschlossen.

Gleichzeitig fast mit der Adresskommission hielt die juristische Kommission des Herrenhauses eine Sitzung ab, bei welcher die vom Justizminister Dr. Herbst eingebrachte Vorlage über die Reform der Grundbücher diskutiert wurde. Herr Dr. Herbst, mehrfach um Auskunft ersucht, bedauerte in seiner Eigenschaft als Minister keine solche mehr geben zu können, eine Äußerung, welche natürlich Sensation hervorrief und den Abbruch der Berathung veranlaßte. Der Justizminister wurde über die Situation selbst nicht weiter interpelliert, da die Mitglieder aus dem Benehmen Dr. Herbsts den Schluß zogen, daß er sich vorläufig nicht mehr als Rath der Krone betraachte.

Wie das „N. Fröbl.“ vernimmt, werden heute die a. h. Handschreiben publiziert werden, mit denen die Minister Taaffe, Berger und Potocki ihre Demission erhalten. Die Demission der übrigen fünf Minister wurde nicht angenommen und soll mit dem provisorischen Vorsitz im Ministerium Minister von Plener betraut werden. Die Ernennung eines Ministerpräsidenten dürfte erst nach der Adressdebatte erfolgen.

Der Adressentwurf Tinti's,

welcher in der vorgestern Vormittags abgehaltenen Sitzung des Adressausschusses in Verhandlung genommen wurde, betont nach den einleitenden Sätzen, daß durch die Landesordnungen und die Reichsverfassung das österreichische Verfassungsrecht eine feste, von den legalen Vertretungen aller Länder der österreichischen Monarchie auch anerkannte Grundlage erhalten habe. Die in einzelnen Kronländern aufgetauchte Opposition vermöge daher den Rechtsbestand der Verfassung nicht zu erschüttern.

Staatsrechtliche Oppositionen habe es zu allen Zeiten gegeben: aber eine Opposition, welche von vornherein die Gültigkeit der Verfassung negire und außerhalb derselben eine Aenderung anstrebe,

sei gesetzlich unzulässig. Die Verfassung sei ohnehin mit voller Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Königreiche und Länder und deren berechnete Autonomieforderungen eingerichtet. Auch liege der Verfassungspartei nichts ferner, als die gesetzliche Kompetenz der Landtage in den Landesangelegenheiten zu schmälern.

„Was hingegen,“ heißt es weiter in dem Adressentwurf, „die Kompetenz des Reichsrathes betrifft, so haben zwar allerdings bedauerliche Erfahrungen gelehrt, daß die Verfassung auch in dieser Richtung angegriffen werde, doch liegen dem Abgeordnetenhaus keine Erfahrungen vor, welche beweisen würden, daß die verfassungsmäßige Kompetenz des Reichsrathes eine zu weite und die besonderen Verhältnisse der Königreiche und Länder beeinträchtigende sei. Es besteht also weder für das Haus der Abgeordneten, noch für die kaiserliche Regierung gegenwärtig eine Nothwendigkeit, die Initiative zu einer Verfassungsänderung im Sinne einer engeren Begrenzung der Reichsrathskompetenz zu ergreifen.“

Dessenungeachtet verkennen wir so wenig den hohen Werth einer allseitigen Verständigung und einer endlichen Konsolidierung unseres Verfassungswerkes, daß wir pflichtgemäß und im Geiste aufrichtiger Versöhnlichkeit bereit sind, im legalen Wege an uns gelangende, auf die Abänderung der Verfassungsbestimmungen abzielende Wünsche der Bevölkerung aller Länder in sorgfältigster Erwägung zu ziehen. Wir werden auch einer Erweiterung der Autonomie nicht widerstreben, wenn dieselbe einerseits ohne Gefahr für das Reichsinteresse und für den staatsgrundgesetzlich garantierten gleichmäßigen Rechtsschutz aller Volksstämme und Staatsbürger möglich und zulässig ist und andererseits durch solche Konzessionen die allseitige Mitwirkung an der Reichsvertretung auch thatsächlich erzielt wird.

Oesterreichs historische Gestaltung und die große Verschiedenheit seiner Völkerschaften nach Kultur und Sitte verlangen eigenthümliche Verfassungsnormen; in erster Linie aber steht im wohlverstandenen Interesse aller Länder und Volksstämme der einheitliche Bestand des Reiches, die Erhaltung seiner Macht nach außen und nach innen und die Gewährleistung gleicher und allgemeiner Freiheit, als der Bedingungen der Kultur, des Fortschrittes und des geistigen und materiellen Aufblühens des Staates.

Wir müssen daher mit aller Entschiedenheit Bestrebungen entgegenreten, welche eine Auflösung des bisherigen staatsrechtlichen Verbandes der Königreiche und Länder durch Umgestaltung der faktischen und verfassungsmäßigen Realunion in eine Föderation zum Ziele haben; wir werden die kaiserliche

Regierung in der gesetzlichen Bekämpfung von Agitationen unterstützen, welche, den festen Boden des österreichischen Staatsrechtes negirend, die seit mehreren Jahren mit der Allerhöchsten Sanction Eurer Majestät erlassenen Gesetze für illegal und nicht rechtsverbindlich erklären; wir werden endlich nie die Hand dazu bieten, daß die Reichsverfassung ihrem Wesen nach verändert und Oesterreich abermals in ihren Zielen dunklen und verderblichen Experimenten preisgegeben werde.

Das Haus der Abgeordneten erwartet daher zunächst von Eurer Majestät Regierung, daß dieselbe — von innerem Zwiespalte befreit und durch einheitliches Wollen gekräftigt — vor allem und überall dem Gesetze Achtung verschaffe, die Staatsgrundgesetze zur vollen Durchführung bringe und den Mißbrauch verfassungsmäßiger Freiheit gegen die Verfassung mit den gesetzlichen Mitteln verhindere.“

Von der Wahlreform sagt der Entwurf: das Abgeordnetenhaus erwarte, daß durch die in der Thronrede in Aussicht gestellten Mittheilungen über diese Reform für den Reichsrath die nöthige Kraftvermehrung sowie die zu seinem Ansehen und zu einem ersprießlichen und volksthümlichen Wirken unerlässliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Reichsparlaments angebahnt wird. In der That würde die glückliche Lösung dieser konstitutionellen Lebensfrage den Ausgleich bisher divergirender Anschauungen außerordentlich erleichtern.

Das Abgeordnetenhaus bedauere den dalmatischen Aufstand und werde nicht verschlen, die Ursachen desselben genau zu prüfen, „mögen sie nun von innen oder außen kommen.“ Die Versicherung der Thronrede, daß die allgemeine Situation friedlich sei, wird mit Vergnügen aufgenommen und die Hoffnung ausgesprochen, es werde endlich möglich werden, die „drückenden Kosten der Erhaltung übergroßer Heere auch im Frieden allorts ausgiebig zu vermindern.“

Nachdem der Adressentwurf noch den Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge durch unbeugsame und konsequente Durchführung der Staatsgrundgesetze Friedensstörungen auf dem Gebiete der Kirche vorbeugen, welche nicht in die Machtssphäre des Staates hinüberzugreifen habe, nachdem ferner der besseren Finanzzustände mit Befriedigung gedacht und zur endgültigen Regelung derselben kräftigste Förderung der Produktion und des Verkehrs, ein gerechtes Steuersystem und fortdauernde Sparsamkeit empfohlen worden, schließt der Entwurf mit den Worten:

„Oesterreichs Verfassung ruht auf dieser Grundlage, in ihr selbst liegt die Möglichkeit, durch legale Verständigung zur befriedigenden Entwicklung

wohnte, aufzuklären. Er that es nicht, weil er sich niemals zu der Person des Engländers hingezogen fühlte, die Lady konnte vielleicht in der That noch mit ihrem Veuer beschäftigt sein.

Nachmittags um 3 Uhr, zu welcher Stunde sich Eichhart gewöhnlich im deutschen Kaffeehaus befand, erhielt er durch den Diener des Lords von diesem unter einem versiegelten Rouvert ein Billet, Lamborough und Lady bedauern, ihn nicht wiedersehen zu können, da ein kleines Unwohlsein die Lady an dem Besuche des Theaters verhindere; freundschaftlicher Abschiedsgruß, inliegend der Preis für die Billette.

Was soll das bedeuten? fuhr Eichhart auf.

Was gibt's Eichhart? Was gibt's? fragten sogleich mehrere Offiziere in seiner Nähe.

Nichts, Kameraden, nichts.

Er steckte das Briefchen zu sich und schwieg; niemand wagte es, weiter in ihn zu dringen. Des andern Morgens um 6 Uhr stand Eichhart in Zivilkleidern am Molo, wo die Passagiere die Gondeln bestiegen, um an den Lloyd-Dampfer hinüber zu fahren, der bereit stand, sie nach Triest zu führen. Da schreiet der Lord und seine Gattin, beide in weite, graue Reisefleiden gehüllt, der Quaderterre zu, um die Barke zu besteigen. Hinter ihnen,

etwas in der sich drängenden Menge zurückgeblieben, die Kammerzofe. Die Diener befanden sich schon in der Gondel. Zum letzten male blickte Eichhart in das Antlitz der Lady. Ihr Auge war etwas umflort. Sie bemerkte den Baron eben so wenig, wie der Lord, obgleich sie an ihm vorüberstritten. Sie hatten ihn noch nie in Zivilkleidern gesehen. Da verläßt der Fuß der Lady das feste Land, den letzten Stein jener Stadt, in welcher Eichhart zurückblieb, sie blickt mit wehmuthsvollem Herzen zurück auf die Markuskirche, zurück auf den Dogenpalast, sie überschaut noch einmal die bunte muntere Menge des Volkes — da bleibt plötzlich ihr Auge auf dem Antlitz eines Mannes haften, der sie anschaut, so tief und ergreifend anschaut, als wollten seine Blicke das Boot festhalten.

Eichhart ruft sie, sich selbst vergessend.

Also war er nicht im Dienste, wie er ihrem Manne geschrieben hatte?

Eichhart winkte mit der Hand, mit Mühe unterdrückte er eine Thräne, die Lady aber weinte, die Gondel stieß vom Lande, Elisabeth sank wie eine gebrochene Lilie zusammen.

Aber die Gondoliere ruderten in schnellen Schlägen, in wenigen Minuten befand sich das Boot an der Seite des Dampfers. Die Diener

trugen fast die wiedererwachte Lady an Bord. Noch einmal erblickte Eichhart ihre Gestalt, dann verschwand sie hinter den nachdrängenden Passagieren. Der Dampfer zog seine Furchen durch das blaue Meer, am fernen Horizonte lagerte tiefer Nebel, eine seltene Erscheinung jenes Himmels; auf dem Markusplatz verkehrten nur Geschäftsleute, die Gebäude sahen schläfrig darein, das Leben schien alle Poesie verloren zu haben, so wenigstens kam es dem Baron Eichhart vor.

Warum noch arbeiten, noch denken, mich von Eindrücken plagen lassen? murmelte er vor sich hin. Und nach einer Weile wieder: Er hat mich angelogen, Elisabeth — ha, ha, Elisabeth! Die Lady, doch nein, Elisabeth war nicht krank, sie konnte nicht abreißen wollen, ohne mich gesehen zu haben. Er muß demnach auch sie belogen haben. Und doch kann gerade ihre reine Seele, ihre ängstliche Gewissenhaftigkeit oder die Furcht vor jener Ueberwältigung der Gefühle, der sie zuletzt doch erlag, sie zur Heuchelei eines Unwohlseins bewogen haben. Aber nein, nein, sie kann nicht lügen, sie kann nicht heucheln. —

(Fortsetzung folgt.)

zu gelangen. Möge diese Bahn von Jenen, welche heute noch der Verfassung ferne stehen, betreten werden!"

Aus Paris.

Die Blätter enthalten noch keine Details über die Affaire Bonaparte-Noir. Wir müssen uns also vorläufig noch mit den widersprechenden Details begnügen, die der Telegraf bringt. Nach dem Bericht der „Mar-seillaise“ war es der Prinz, der die ganze Affaire provozierte, indem er Noir erst beschimpfte, dann ins Gesicht schlug und dann auf ihn und seinen Begleiter Fonvielle schoss. Der „Constitutionnel“ hat bekanntlich im Gegentheil behauptet, Noir habe den Prinzen geschlagen, worauf dieser zu seiner Selbstverteidigung schoss. Der Unterschied liegt auf der Hand, nach der „Mar-seillaise“ hätte der Prinz einen Mordanschlag begangen, nach dem „Constitutionnel“ fielen ihm höchstens ein in der Aufregung begangener Todtschlag zur Last.

Das Verfahren gegen den Prinzen ist bisher ganz korrekt. Er sitzt in der Conciergerie gefangen, wo sich für gewöhnlich Mörder, Todtschläger u. s. w. während der Untersuchungshaft befinden. Der Prinz wünscht, wie es heißt, vor den gewöhnlichen Gerichtshof (die Assisen der Seine) zu kommen; es erscheint nicht ganz unwahrscheinlich, daß seinem Wunsche willfahrt werden wird.

Die Aufregung, die in der Pariser Gesellschaft herrscht, spiegelt sich am deutlichsten in der furchtbaren Anklagerede ab, die Rochefort gegen die Dynastie geschleudert hat, die er mit den Borgias verglich. Es wird nunmehr aus Paris telegrafirt, daß eine gerichtliche Verfolgung gegen Rochefort stattfinden dürfte, weshalb, ist nicht gesagt. Vermuthlich handelt es sich um Artikel in der „Mar-seillaise“.

Am 11., dem Tage vor dem Begräbniß Noirs, fand in Chôisy eine öffentliche Versammlung statt, welche jedoch in Folge einer Ansprache des Vorsitzenden sogleich aufgelöst wurde. Rochefort erschien gerade in diesem Augenblicke und richtete an die Auseinandergehenden folgende Worte:

„Morgen haben wir eine ernste Pflicht zu erfüllen. Ich lade Sie alle für morgen 2 Uhr nach Neuilly ein, um unserem Freunde Noir die letzten Ehren zu erweisen. Unterlassen Sie nicht, bei diesem Rendezvous zu erscheinen, das, wie ich hoffe, über die Zukunft der Demokratie entscheiden wird. Und jetzt ziehen wir uns zurück.“ Die Menge begleitete Rochefort unter Hochrufen bis zu seinem Wagen.

Trotz des ungünstigen Wetters fanden sich andern Tags bei dem Leichenbegängniß viele tausende von Menschen ein. Rochefort harranguirte die Menge von einem Fenster des Trauerhauses aus und wurde oft von dem Rufe: „Es lebe Rochefort,“ unterbrochen. Doch scheinen dort keine Ruhestörungen stattgefunden zu haben, nur rief die Menge: „Auf nach Paris.“ Von diesem Vorhaben brachte zwar ein Bruder des Getöbten die aufgeregten Massen für den Augenblick ab, doch sammelte sich später auf den Champs Elysées eine große Menschenmenge, welche von Chateauforts nach der gesetzlichen Aufforderung ohne Gebrauch der Waffe zerstreut wurde. Rochefort erschien um 5 Uhr sehr bewegt im geistig lebendigen Körper; man versichert, er werde sein Deputirtenmandat niederlegen. Gegen sechs Uhr fanden Ruhestörungsversuche an mehreren Boulevardspunkten statt. Mehrere Stadisergeanten wurden verwundet, mehrere Ruhestörer verhaftet, ernste Vorsichtsmaßregeln waren getroffen. Mehrere Kavallerie-Abtheilungen aus den Nachbargarnisonen sind eingetroffen. Gegen Mitternacht herrschte vollständige Ruhe.

Politische Rundschau.

Laibach, 14. Jänner.

Die Wiener Post bringt die weiteren Details über die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus am 12. d. Baron Tinti beantragte eine neue mildere Stilisirung der Alinea 5, 6 seines Entwurfes, welche nach einiger Debatte angenommen wurde. Abgeordneter

Svetec sprach sich gegen dieses Alinea aus, indem er behauptet, die Verfassungsfreunde seien größere Gegner der Verfassung als ihre Gegenpartei, und zwar aus dem Grunde, weil sie eine Revision der Verfassung für überflüssig zu halten scheinen und eine solche von sich weisen, welche Behauptung die Abgeordneten Eichhoff und Wolfrum bekämpften und derselben auf das entschiedenste entgegen-traten. Die Alineas 7, 8, 9, 10 wurden nach längerer Debatte ebenfalls in der Fassung des Berichterstatters angenommen. — In der Abendsitzung wurden zu Alinea 11 verschiedene Amendements gestellt und die Feststellung dieses Alinea der nächsten Sitzung vorbehalten. Ueber die Alinea 13 entspann sich eine sehr lange Debatte. Der Antrag des Abg. Figuly auf nachstehende Stilisirung: „Das Abgeordnetenhaus wird den von Eu. Majestät Regierung in Aussicht gestellten Vorlagen über die Wahlreform für den Reichsrath die sorgfältigste Erwägung widmen, um das volksthümliche Wirken desselben zu kräftigen,“ wurde mit großer Majorität angenommen. — Gestern beendete der Ausschuß seine Berathungen, heute findet die dritte Lesung statt.

Der Rechnungsabluß für die Staats-einnahmen und Ausgaben im Jahre 1868 ist erschienen und stellt sich nach den Mittheilungen eines Wiener Blattes als sehr günstig dar. Es betragen alles in allem die wirklichen Ausgaben 334,968.163 Gulden, während um 2,230.010 Gulden mehr präliminirt worden waren. Die wirklichen Einnahmen betrugen 325,251.333 fl., während im Vorschlag nur auf 289,394.549 fl. gerechnet worden war. Mithin ein Plus von 35,856.784 fl. gegen den Voranschlag. Diese Mehreinnahmen wurden erzielt durch größere Ertragnisse im Zollgefälle um mehr als 5 Millionen, im Verzehrungssteuergesälle um mehr als 6 Millionen durch größeren Tabakverschleiß und durch die größeren Einnahmen an unmittelbaren Gebühren. Die Hauptpost in der Mehreinnahme bilden jedoch 15 Millionen, welche über den Voranschlag hinaus aus dem Verkauf der Staatsgüter eingegangen sind.

Der dalmatinische Aufstand neigt sich immer mehr und mehr zu Ende. Am Dienstag fanden sich, dem durch ihre Knezen früher gegebenen Versprechen nachkommend, bei 300 Crivocerianer bei dem FML. Baron Rodich ein, um ihre tiefste Reue und Unterwerfung auszusprechen, um die allerhöchste Gnade zu bitten und ihre alte Treue für Se. Majestät erneuert zu versichern. Der Aufforderung, ihre Gewehre zu strecken, kamen sie augenblicklich ohne Widerrede nach. Nachdem ihnen FML. Baron Rodich eine scharfe Rüge über ihr jüngstes Verhalten ertheilt und ihnen eindringliche Lehren für die Zukunft gegeben, verkündigte er ihnen den allerhöchsten Gnadenakt der Amnestie und bewilligte denselben die Gewehre zur eigenen Sicherheit wieder aufzunehmen, worüber ein enthusiastisches, endloses Juvio auf Se. Majestät und eine allgemeine dreifache Salve erfolgte. Es erübrigt nur noch die Pazifikation von Bobori.

Die bayerische Abgeordneten-kammer hat ihr Bureau jetzt definitiv gewählt. Die Ultramontanen siegten bei allen Wahlen.

Vom Konzil wird gemeldet, eine kleine Anzahl von Bischöfen hätte sich zum Zwecke einer Verständigung behufs vereinten Zusammenwirkens versammeln wollen, und der Erzbischof von Paris, Bischof Dupanloup, der Bischof von Grenoble, Kardinal v. Kauscher und zwei andere deutsche Prälaten, Erzbischof Kenick und zwei andere amerikanische Bischöfe traten in der Wohnung des Erzbischofs Darbois zusammen. Am 2. Jänner indeffen wurde ihnen vom Hofe aus angezeigt, daß solche Meetings in Rom nicht geduldet werden könnten.

Aus Bischof Strohmayers Rede wird noch der nachstehende starke Satz bekannt: Bedenkt, meine ehrwürdigen Brüder, die Position, in welcher Ihr diesen Männern gegenüber steht. Sie sind es, die alle Anordnungen des Konzils zurechtschneiden und

bestimmen. Bedenkt, daß die Bestimmungen, welche Ihr im Begriffe steht, mit der höchsten Autorität kirchlicher Lehre zu umgeben, von diesen Männern entworfen, verarbeitet, abgefaßt und niedergeschrieben sind.“ Diese Aeußerung zog dem Redner einen Ordnungsruf zu, was ihn jedoch nicht hinderte, mit gesteigerter Heftigkeit fortzufahren. Der Jesuitengeneral Bely suchte den Angriff im Privatgespräche mit einigen Kardinälen abzuschwächen. „Was wollen Sie?“ — sagte er später einer hohen Persönlichkeit gegenüber — „Msgr. Strohmayer hat Recht. Niemand kann mehr als ich die Ausbreitungen der „Civiltà Cattolica“ beklagen. Ich wußte, daß ihre ungemäßigte Sprache dem Orden Haß zuziehen würde, obgleich er mit aller Welt in Frieden zu leben wünscht, und ich befaßl den Mitarbeitern, sich zurückzuhalten, um kein ferneres Aergerniß zu geben. Allein sie wurden durch einen höheren Willen als der meinige angetrieben, auf derselben Bahn fortzufahren, und weit entfernt, ihnen Schweigen auflegen zu dürfen, mußte ich selbst verstummen.“ Das war seit jeher die Art der Jesuiten, die schwere Schuld auf andere zu wälzen und auf Anklagen mit Verdächtigungen zu erwidern.

Dem Papst mißfällt ungemein die Opposition der Bischöfe, die sich trotz aller drakonischen Repressalien geltend macht. Er macht deshalb seinem Aerger in Wigen Luft und meinte neulich: „Bei jedem Konzil gibt es drei Perioden: die Periode des Teufels, die sehr kurz ist; dann die Periode des Menschen, die mehr oder weniger lange dauert; endlich die Periode des hl. Geistes, der das letzte Wort hat und alles in Herrlichkeit endigt.“ Das Konzil befindet sich somit gegenwärtig noch in der Periode des Teufels. Ein schönes Kompliment, welches Pius IX. seinem Parlament macht.

Die offiziöse „Italia. Corr.“ drohte bereits gegenüber allfälligen jesuitischen Beschlüssen des Konzils mit einem offenen Abfall vom Stuhle Petri; nun verbreitet sich ein Berliner Korrespondent über die Haltung, welche Preußen dem Konzil und seinen Beschlüssen gegenüber einzuhalten beabsichtigt. Die „preussische Regierung,“ so heißt es in einer inspirirten Berliner Korrespondenz der „Magdeb. Ztg.“ „theilt nicht die Furcht vor den Beschlüssen des Konzils, die in ziemlich weiten Kreisen verbreitet zu sein scheint.“ In Preußen nimmt die katholische Geistlichkeit keine exzeptionelle Stellung ein, sondern Bischöfe, Kaplanen und Mönche stehen unter der Befugniß des Strafrechtes wie jeder Laie. Es ist auch deshalb eine wohl in unnöthiger Furcht begründete, aber keineswegs berechtigte Forderung, daß der preussische Staat sich in die kirchlichen Angelegenheiten, welche auf dem Konzile verhandelt werden, einmischen sollte. Es ist vollkommen genügend, zu wissen, daß, wenn in Folge von Konzilsbeschlüssen Uebergriffe der katholischen Geistlichkeit auf das staatliche Gebiet erfolgen sollten, das strafgerichtliche Verfahren gegen dieselbe eintreten würde.“

Die „N. Fr. Pr.“ berichtet über einen ersten Zwiespalt zwischen Kaiser Napoleon und seinen neuen Ministern, welche durch die Forderung des letzteren auf Absehung des Polizeipräsidenten Pietri, Ersetzung des Kriegsministers General Leboeuf durch den General Trochu, einen Orléanisten, und Reduction der kaiserlichen Garde auf 12.000 Mann hervorgerufen wurden. Man sprach auch von einer beabsichtigten Arbeiterdemonstration gegen die Absehung des — baulustigen — Pariser Präfekten Haugmann und die Börse war beunruhigt durch die in den obersten Regionen herrschende Spannung, in Folge dessen fallen der Rente.

Vedru-Rollin erhielt die Freiheit, ungehindert nach Frankreich zurückzukehren. Wer den Mann und den mächtigen Einfluß kennt, den sein Name immerfort auf die Massen übt, wird hierin eine schätzbare Bürgschaft erblicken, daß das neue Ministerium es loyal mit der Neugründung der Freiheit in Frankreich meint.

Zur Tagesgeschichte.

— Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Berlin telegraphisch, daß der Besuch des Erzherzogs Karl Ludwig in Berlin dem Hofe bereits offiziell notifiziert sei und in nächster Zeit bevorstehe.

— Das Statut für die Landwehr wird, wie der „Graz. Tagespost“ geschrieben wird, nebst Besetzung der noch offenen achtzig Landwehr-Bezirks-evidenzposten durch Hauptleute des Pensionsstandes in diesem Monate erfolgen. Die für Steiermark entfallenden vier Landwehrbataillone erhalten die Nummern 17, 18, 19 und 20, und rolliren sich in den Stabsstationen Leoben, Graz, Marburg und Eilli. Die Uniformirung der Landwehr ist jener des stehenden Heeres ganz gleich, nur wird die Landwehrinfanterie graue Beinkleider und auf den Knöpfen die Bezeichnung „Landwehr“ tragen. Die Landwehr der diesseitigen Reichshälfte ist bereits auf einen Stand von 120.000 Mann gebracht.

— Ein in Bau begriffenes Haus in Fünfhaus bei Wien stürzte vorgestern Mittags, kurz nachdem sich die dabei beschäftigten zwanzig Arbeiter entfernt hatten, plötzlich mit fürchterlichem Getöse zusammen. Menschenleben sind zum Glück keine zu beklagen. Die Ursache soll das Zusammenbrechen des Mittelpfeilers sein, auf dem beinahe die ganze Last des zwei Stock hohen Neubaus ruhte.

— Aus Prag, 9. Jänner, meldet der „Wanderer“: Die Voruntersuchung in der Petarden-affaire ist beendet, und gestern wurden sämtlichen Verhafteten die Anklageschriften zugestellt. Vinzenz Körber soll des Hochverraths, der öffentlichen Gewaltthätigkeit und der Münzfälschung; Wilhelm Körber des Hochverraths; Josef Großmann des Hochverraths; Johann Chaluppa der öffentlichen Gewaltthätigkeit, und Johann Fiala des Hochverraths und der öffentlichen Gewaltthätigkeit beschuldigt sein. Die Schlussverhandlung dürfte Ende dieses oder Anfangs des nächsten Monats stattfinden.

— In Prizibram soll dieser Tage der Rauhberhauptmann Langhammer gefangen genommen worden sein. Es war ein ziemlich hoher Preis auf seinen Kopf gesetzt. 20 seiner Getreuen sitzen bereits in Prag. Jenes nette Mannsbild ist ein gebürtiger Prizibramer, war Gendarm-Führer und zuletzt Häuer im Silberbergwerke dorfselbst.

— In Pilsen ist am 5. Jänner am neuen Aktienbrauhaus ein Gewölbe eingestürzt, wobei drei unter demselben an einem Kanale beschäftigte Arbeiter verschüttet wurden. Dieselben sind rettungslos verloren, da ein Ausgraben innerhalb drei bis vier Tagen unmöglich schien.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Verichtigung.) Wir erhalten vom Herrn Dom- und Stadtpfarrer Josef Supan folgendes Schreiben:

Zur Verichtigung der in Nr. 6 vom 10. Jänner d. J. aus der „Graz. Tagespost“ entnommenen, im „Tagblatt“ mit Bemerkungen begleiteten Notiz über meine am Neujahrstage (nicht am vorletzten Sonntage) in der hiesigen Domkirche in slovenischer Sprache gehaltenen Predigt, erlaube ich auf Grund des § 19 des Pressegesetzes nachstehende Erklärung in das nächste Blatt aufzunehmen: „Die mir in den Mund gelegten Worte: „Glücklich seid ihr, die ihr nicht lesen könnt.“ — habe ich nie, noch weniger in der Predigt gesprochen; von einem in slovenischer Sprache neu erscheinenden Blatte, vom Abonniren auf dasselbe, oder vom Lesen desselben, habe ich in der ganzen Predigt auch nicht mit einer Silbe erwähnt. Obiges und dieses ist mir nicht einmal in den Sinn gekommen.“

Laibach, am 12. Jänner 1870.

Indem wir mit Vergnügen von dieser Erklärung Akt nehmen und die Verantwortung für die von uns reproduzierte Notiz dem Laibacher Korrespondenten der „Graz. Tagespost“ überlassen, können wir zu unserer Rechtfertigung nur vorbringen, daß wir keinen Grund hatten, an der Wahrheit derselben zu zweifeln, da die Neujahrspredigt des Herrn Pfarrers zum großen Theile

der Barbara Ubrylt nebst andern an der Tagesordnung stehenden politischen Fragen gewidmet war und ganz im Stile einer Zeitungspolemik gehalten worden sein soll. Es ist daher sehr leicht erklärlich, daß Aeußerungen des Herrn Pfarrers, falls sie gegen die „schlechte“ Presse gefallen sind, von der mit der Journalistik minder vertrauten dienenden Klasse, welcher zumeist die Zuhörer angehörten, auf spezielle, vielleicht erst in Aussicht gestellte Zeitungen bezogen wurden, ja daß einzelne der Zuhörer sich glücklich fühlen mochten, daß ihnen wegen Unkenntniß des Lesens jene Blätter, worin so viel über Barbara Ubrylt geschrieben wurde, keinen Schaden zufügen können. Wir glauben obige Erklärung des Herrn Pfarrers dahin deuten zu dürfen, daß er durchaus nicht die Absicht hege, auf der Kanzel von der Pränumeratation liberaler Blätter abzurathen, und es würde das uns um so mehr erschauern, da wir eben heute in der „Danica“ eine Aufforderung an die Seelsorger lesen, sie sollen es als ihre unabweisbare Verpflichtung betrachten, bei jeder Gelegenheit und zu wiederholtenmalen von der Kanzel herab ihren Pfarrkindern die Pränumeratation auf die „hartnäckigen“ Blätter abzurathen. In die Reihe der letzteren scheint „Danica“ auch den vom Grazer Korrespondenten erwähnten „Von“ zu zählen, denn es erzählt der Inhalt seiner ersten Nummer eine mit vielen Fragezeichen und moralischen Erwägungen verlaufene Kritik.

— (Allerhöchster Gnadenakt.) Gestern Nachmittags wurde im hiesigen Straßhause im Kasse von Herrn Staatsanwalt Dr. Edlen v. Lehmann, in Folge eines ihm Mittags zugekommenen Telegramms des Herrn Justizministers, ein allerhöchster Gnadenakt publiziert, womit 15 Sträflingen der Rest ihrer Strafzeit nachgesehen wird. Der Herr Staatsanwalt hielt eine dem hochwichtigen Akte angemessene Ansprache, worauf die Begnadigten ihrem Dankgefühl in warmen Dankesworten und begeisterten Juvios auf Se. Majestät Ausdruck gaben. Bezüglich der sofortigen Entlassung der Begnadigten wurden sogleich von Seite der Verwaltung die nöthigen Einleitungen getroffen.

— (Ernennung.) Als Referent bei der Grundsteuer-Regulirungs-Landeskommission, welche Anfangs Februar sich konstituiren soll, ist dem Vernehmen nach Herr Bezirkshauptmann Pajt und als dessen Stellvertreter Herr Finanzkommissär Hofmann ernannt worden. Auch verlautet, daß die Herren Bezirkshauptleute v. Höffern und Dgrinz zur Theilnahme an dieser Kommission nach Laibach berufen werden sollen. Die Arbeiten derselben werden voraussichtlich Jahre in Anspruch nehmen und es wird daher für einen Ersatz der genannten Herren Bezirkshauptleute auf ihren Posten gesorgt werden müssen.

— (Lamentationen der Volksführer.) Die letzte „Novice“ läßt sich aus Wien eine außerordentliche Straßpredigt gegen alle jene schreiben, die den Volksführern nicht mehr trauen. Wir wollen einiges daraus resapituliren, wobei wir keineswegs dafür Bürgschaft leisten, daß die Wehklage nicht aus der Feder einer der gefallenen Größen herrühre. Die Zeichen — heißt es daselbst — die wir erblicken, sind Zeichen der nationalen Persektion und des Verfalles. Eine Schaar erhebt sich gegen die andere, die Periferie gegen das Centrum, was früher als heilig galt, wird ohne Prüfung leidenschaftlich in den Roth gerissen, anstatt der Freude am fruchtbringenden Schaffen herrscht die größte Indolenz und Längigkeit. Sind wir etwa die Verbündeten und Helfershelfer der Deutschhümelei? Und wenn wir es nicht sind, warum handeln wir mit jenen hochachtbaren Männern, die sich die Nation in Würdigung ihrer nationalen Verdienste zu Führern erwählt hat, die der Nation nie untreu geworden sind, in jener Weise, wie die Sau mit dem Mehlsack (kakor svina z mehcom)? Weiters wird dem „Tagblatt“ die Schuld an der Verhöhnung der Führer und der Geführten beigemessen. Gegen diesen Vorwurf erlauben wir uns nur zu bemerken, daß es gar keiner Kritik von unserer Seite bedurfte, um das falsche Spiel der Volksführer endlich ans Tageslicht zu bringen. Männer, die auf den Labors die Mutter Gottes zu Zeugen des versammelten Volkes aufrufen, in dem

Landtagsskubb hingegen den Latorhumbug belächeln, Advokaten, die im Landtage über deutsche Antirung wehklagen und jammern, obwohl aus ihren Kanzleien nie ein anderes als ein deutsch abgefaßtes Aktenstück hervorging, können das Gaukelspiel der von ihnen dem Volke aufgetroffenen Führerschaft nur so lange treiben, bis sich nicht jemand findet, der ihnen zuruft: „Wer hat Euch denn zu unseren Führern bestellt?“ Um eine solche Frage an die Volksführer zu stellen, bedarf es weder eines „Tagblattes“ noch eines Nemskutars — der simple Menschenverstand genügt dazu.

Witterung.

Laibach, 14. Jänner.

Gestern Abends Aufseiterung, später Nebel, die ganze Nacht anhaltend, heute ganz bewölkt, Nebelnebel. Ruhige Luft. Wärme: Morgens 6 Uhr — 3.2°, Nachm. 2 Uhr — 1.4° (1869 — 1.2°, 1868 + 4.0°). Barometer 327.28“, im Steigen. Das gestrige Tagesmittel der Wärme — 0.7°, um 1.4° über dem Normale.

Angekommene Fremde.

Am 13. Jänner.

Elefant. Hosiwig, Kaufmann, Wien. — Wolheim, Pest. — Noll, Oberlaibach. — Wunder, Handels-Agent, Wien. — Spier, Kaufmann, Wien. — Koren, Besitzer, Unterkain. — Graf Pichtenberg, Prapretschhof. **Stadt Wien.** Ogorenc, Kaufmann, Rudolfswerth. — Bed, Kaufmann, Wien. — Weiskemann, Göttingen. — Reinitz, Fabrikant, Wien. — Ruff, Kaufmann, Wien.

Gedentafel

über die am 16. Jänner 1870 stattfindenden Lizationen.

1. Heilb., Sparovic'sche Fahrnisse, Weizelburg, 46 fl., 28. Sittich. **Erledigung:** Dienersstelle beim Bezirksgerichte Radmannsdorf, 250 fl. Binnen 14 Tagen beim Landesgerichtsprä. Laibach.

Theater.

Heute: Der Freischütz. Oper in 4 Akten. Morgen: Fichter von Ravenna. Schauspiel in 4 Akten. Hrl. Berg aus Graz als Gast.

Telegramm.

Wien, 13. Jänner. Die Demission der Minoritätsminister ist angenommen.

Epileptische Krämpfe

(Fallstudie) (16-7)

heißt brieflich der Spezialarzt für Epilepsie Doktor O. Killisch in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt.

Wiener Börse vom 13. Jänner.

Staatsfonds.	Geld	Ware	Geld	Ware
Spec. österr. Währ. . .	—	—	Öst. Hypoth.-Bant .	98.— 98.50
öto. Rente, öst. Pap. .	60.60	60.70	Prioritäts-Oblig.	
öto. öst. in Silber . .	70.60	70.70	Öst.-Bant, 500 fl. .	121.— 121.25
öto. von 1854	90.—	90.25	öto. Bant 6 p. St. .	246.— 247.—
öto. von 1860	98.60	98.75	öto. (100 fl. ö. W.)	91.75 92.50
öto. von 1860, künft. .	104.50	105.—	öto. (200 fl. ö. W.)	89.50 89.70
Prämienf. v. 1864 . .	117.50	117.70	öto. (300 fl. ö. W.)	93.— 93.25
Grundentl.-Obl.			öto. (400 fl. ö. W.)	92.90 93.40
Steiermark 5 p. St. .	92.50	93.50	öto. (500 fl. ö. W.)	—
Kärnten, Krain . .	—	—	öto. (600 fl. ö. W.)	—
u. Kärntenland 5 . .	86.—	94.—	öto. (700 fl. ö. W.)	—
Ungarn	79.—	79.75	öto. (800 fl. ö. W.)	—
öto. u. Slav. 5 . . .	83.50	84.—	öto. (900 fl. ö. W.)	—
Steierb. 5	75.—	75.50	öto. (1000 fl. ö. W.)	—
Aktionen.			öto. (1100 fl. ö. W.)	—
Nationalbank	743.—	745.—	öto. (1200 fl. ö. W.)	—
Österreich. Bank . .	263.60	263.80	öto. (1300 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	325.50	326.—	öto. (1400 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	298.—	300.—	öto. (1500 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	85.—	87.—	öto. (1600 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	2165	2170	öto. (1700 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	255.80	256.—	öto. (1800 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	187.25	187.50	öto. (1900 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	237.25	238.—	öto. (2000 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	167.—	167.50	öto. (2100 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	185.50	186.—	öto. (2200 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	181.50	182.—	öto. (2300 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	171.75	172.—	öto. (2400 fl. ö. W.)	—
Pfandbriefe.			öto. (2500 fl. ö. W.)	—
Nation. ö. W. verlosb. .	93.25	93.50	öto. (2600 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	90.50	91.—	öto. (2700 fl. ö. W.)	—
öto. österr. Bank . .	107.25	107.75	öto. (2800 fl. ö. W.)	—
öto. in 33 D. rüdg. .	89.—	89.50	öto. (2900 fl. ö. W.)	—

Telegraphischer Wechselkurs

vom 14. Jänner.

5perz. Rente österr. Papier 60.35. — 5perz. Rente österr. Silber 70.40. — 1860er Staatsanlehen 98.40. — Banfaktien 740. — Kreditaktien 262.10. — London 123.20. — Silber 120.50. — R. f. Dufaten 5.80.